

## Wahlen an der Saar:

# Eine bittere Niederlage, doch kein Grund zur Resignation

Das Ergebnis an der Saar ist unbestreitbar eine Niederlage für die CDU. Trotz des großen Einsatzes der saarländischen CDU ist der Erfolg des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine eindeutig. Die Saarland-Wahl war aber ein regionales Ereignis, keine Testwahl für den Bund. Bundespolitische Bedeutung hat sie lediglich für die SPD: Es war eine Art Volksabstimmung über den Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten, der nun Lafontaine heißen wird. Politisch spricht der Bundestrend dagegen eindeutig für die CDU und für die Koalition in Bonn. Wichtiger sind auch die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen, wo die CDU deutlich einen Aufwärtstrend verspürt.

Im Bundestagswahlkampf – so Volker Rühle – wird es nicht darum gehen, wer besser Dibbelabbes sagen kann. Da gelten andere Kriterien. Denn die Wähler wollen einen Kanzler, der die Menschen zusammenführt und keinen, der sie trennt. Deshalb brauchen wir auch keine Kurskorrektur in der Deutschlandpolitik. Die CDU wird nicht in einen Wettlauf darüber eintreten, wer die Übersiedler aus der DDR und die Aussiedler aus Rumänien am schlechtesten behandelt. Der Preis wäre zu hoch. Die CDU wird nicht zur Partei des engstirnigen Egoismus werden.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Deutschland

Helmut Kohl: Wir stehen vor entscheidenden Gesprächen. Seite 2

#### ● Wahlen

Ergebnisse der Landtagswahl im Saarland. Seite 4 bis 9

#### ● DDR

Der Bundesvorstand hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit Wirtschaftsfragen in der DDR zu befassen hat. Christa Thoben gibt einen ersten Bericht. Seite 11

#### ● Übersiedler

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erklärte in Bonn: Das Tor bleibt offen. Seite 13

#### ● CDU Hessen

Walter Wallmann wurde auf dem 74. Landesparteitag mit großer Mehrheit wiedergewählt. Seite 15

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Eine Zusammenfassung der aktuellen Werbemittel. Seite 18

#### ● Dokumentation

Argumentationshilfe zum Thema Aussiedler/Übersiedler und Ausländer/Asylbewerber. Grüner Teil



## Wir werden der Emotionalisierung zu begegnen wissen

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, wies nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums auf die spezielle saarländische Wahlkampfssituation hin, die für Lafontaine zu „einem Votum für weitergehende Ziele“ geführt habe.

Der Parteivorsitzende bedauerte, daß die hervorragende wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik bei der Wahl im Saarland nicht als Bonner Leistung gewürdigt worden sei. Kohl gab zu, es handele sich um eine „bittere Niederlage“ für die CDU, aus der die Partei Konsequenzen ziehen müsse.

### Helmut Kohl:

## Vor entscheidenden Gesprächen

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl erklärte zu den vorgezogenen Wahlen in der DDR am 18. März 1990 während einer Pressekonferenz am 29. Januar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, daß er die Vorverlegung des Wahltermins ausdrücklich begrüße. Er begrüße weiterhin die Absicht der DDR-Regierung, am 6. Mai 1990 Kommunalwahlen abzuhalten. Des weiteren hoffe er auf die baldige Wiederherstellung der alten Länder (Thüringen, Sachsen etc.). Kohl sagte weiter, ein früherer Wahltermin berge die Chancen in sich, mehr Vertrauen zu schaffen, was wiederum die Konsequenz habe, daß die Bürger der DDR in ihrer Heimat blieben.

Zur Situation in der Parteienlandschaft erklärte der Vorsitzende, die CDU befinde sich in intensiven Gesprächen mit verschiedenen Gruppierungen in der DDR. Helmut Kohl nannte hier: den Demokratischen Aufbruch, die Deutsche Soziale Union, die Deutsche Forumspartei und auch die Ost-CDU „in ihren einzelnen Gruppierungen“. Wichtig ist es nach Ansicht des Bundeskanzlers, daß noch vor dem Wahltermin am 18. März eine Formation der Mitte entsteht, die stark und kräftig ist und die ein Gegengewicht gegen die sozialistischen Gruppen bildet. Partner, die von der CDU aktiv unterstützt würden, müßten in drei programmatischen Grundelementen mit uns übereinstimmen: ein klares Ja zur deutschen Einheit, ein Bekenntnis zum freiheitlichen Rechtsstaat und die praktische Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn über diese drei Grundprinzipien Einigkeit erzielt sei, werde man sehr bald zum Abschluß der Gespräche kommen. Der Bundeskanzler erklärte zum Schluß, er werde auch aktiv in den Wahlkampf eingreifen. Im Gegensatz zu einigen anderen Politikern, die noch vor kurzem die Einheit der Nation verweigert hätten, brauche er keine Rede umzuschreiben, auch nicht seine Tischrede beim Honecker-Besuch. „Deswegen bin ich ganz besonders prädestiniert, das den Bürgern in der DDR persönlich und direkt zu sagen“, stellte Kohl fest.

Wichtig sei es vor allem zu wissen, daß der sozialdemokratische Spitzenkandidat Lafontaine einen Wahlkampf in emotionalem Stile führe. Darauf werde sich die CDU, falls Lafontaine als Kanzlerkandidat antrete, einstellen. Kohl kritisierte vor allem die Art und Weise, mit der Lafontaine auf die aktuellen nationalen Herausforderungen reagiere. Er tue sich nach wie vor schwer in der Frage der deutschen Einheit. Dies müsse von der CDU im eigenen Wahlkampfkonzept beachtet werden.

Der Parteivorsitzende unterstrich bei dieser Gelegenheit die Haltung der CDU, alles zu tun, damit sich die Lage in der DDR so stabilisiere, daß „die Menschen daheim bleiben“. Lafontaines Äußerungen zur Aufnahme von Aus- und Übersiedlern nannte Helmut Kohl „völlig inakzeptabel“.



Klaus Töpfer:

## Eine herbe Wahlniederlage

**Auf einer Pressekonferenz am 29. Januar im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erklärte Bundesumweltminister Klaus Töpfer in seiner Eigenangabe als Spitzenkandidat zum Ausgang der Landtagswahlen im Saarland:**

Ich habe dem Parteipräsidium mitteilen müssen, daß wir eine herbe Wahlniederlage hinnehmen mußten. Die CDU an der Saar hat 3,9 Prozent Stimmen verloren, das schlechteste Ergebnis, das sie bisher in diesem Land zu verzeichnen hatte.

Wir haben uns bemüht, diese Ergebnisse in den letzten Stunden etwas weiter zu analysieren. Es zeigt sich dabei ganz deutlich, daß das Ergebnis einen hohen Anteil saarspezifischer Momente hat und daß es der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten gelungen ist, die hervorragenden fünf Jahre wirtschaftlicher Entwicklung und Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland, die natürlich auch ihren Reflex im Saarland gehabt haben, als Leistung der dortigen Landesregierung erkennbar werden zu lassen.

Hinzu kommt, daß diese saarspezifischen Aspekte in besonderer Weise auch darin zu sehen sind, daß der Ministerpräsident des Landes gleichzeitig mit dieser Wahl seine Nominierung als Kanzlerkandidat der SPD verbinden konnte. Dies hat sicherlich bei vielen Saarländerinnen und Saarländern dazu geführt, daß sie mit ihrer Stimmabgabe weniger die Politik der bisherigen Landesregierung als ihre Erwartung an diese Kandidatur bedacht haben. Wir haben auch festgestellt, daß die Zuzugsbegrenzungskampagne des Ministerpräsidenten des Saarlandes in vielen Bereichen die Erwartung oder die

Besorgnisse der Menschen aufgegriffen hat.

Wir sind auf der anderen Seite aber auch der festen Überzeugung, daß sich die CDU Saar in diesem Wahlkampf in einer sehr guten Form bewährt hat. Wir haben es zumindest erreicht, die Partei zu mobilisieren, sie wieder zu stabilisieren nach fünf schwierigen Jahren in der Opposition. Ich habe dieses gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Peter Jacoby sicherlich in den letzten vier Monaten mitbewirken können, so daß wir schon der Meinung sind, daß hier kein Grund zur Resignation vorhanden ist. Vielmehr werden wir mit allem Nachdruck daran arbeiten, mit Blick auf die Bundestagswahl die Situation der CDU weiter zu verbessern. Wir sind fest davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch wieder bessere Ergebnisse für die CDU Saar zu erarbeiten. Also: Wir sehen diese Niederlage sehr realistisch, sind auf der anderen Seite aber weit davon entfernt zu resignieren, sondern wir wissen, daß die Partei insgesamt intakt ist und daß auf dieser Basis wieder gute Ergebnisse erzielt werden können. Unser Ziel ist und bleibt es, die gute Mobilisierung der Partei im Saarland zu nutzen, um nicht weiter zurückzufallen, sondern die Perspektive wieder besser zu gestalten. ■

*„Wenn Sie es richtig machen, dann wird es so etwas wie ein zweites deutsches Wirtschaftswunder geben, diesmal in der DDR.“*

**Ministerpräsident Ernst Albrecht auf einer Kundgebung in Magdeburg**



# Die Wahl zum zehnten Landtag des Saarlandes am 28. Januar 1990

– Vorläufiges amtliches Endergebnis –

|                 | Landtag 1990   |             | Landtag 1985   |             | Diff. 1985/90 |
|-----------------|----------------|-------------|----------------|-------------|---------------|
|                 | Anzahl         | %           | Anzahl         | %           |               |
| Wahlberechtigte | 842 758        |             | 844 038        |             |               |
| Wahlbeteiligung | 701 142        | 83,2        | 717 448        | 85,0        |               |
| Gültige Stimmen | 694 217        |             | 704 901        |             |               |
| <b>SPD</b>      | <b>377 551</b> | <b>54,4</b> | <b>346 595</b> | <b>49,2</b> | <b>+5,2</b>   |
| <b>CDU</b>      | <b>232 040</b> | <b>33,4</b> | <b>262 975</b> | <b>37,3</b> | <b>-3,9</b>   |
| <b>FDP/DPS</b>  | <b>39 113</b>  | <b>5,6</b>  | <b>70 713</b>  | <b>10,0</b> | <b>-4,4</b>   |
| <b>GRÜNE</b>    | <b>18 427</b>  | <b>2,7</b>  | <b>17 642</b>  | <b>2,5</b>  | <b>+0,2</b>   |
| <b>REP</b>      | <b>23 140</b>  | <b>3,3</b>  | —              | —           | <b>+3,3</b>   |
| <b>NPD</b>      | <b>1 631</b>   | <b>0,2</b>  | <b>4 659</b>   | <b>0,7</b>  | <b>-0,5</b>   |
| <b>DKP</b>      | <b>919</b>     | <b>0,1</b>  | <b>2 317</b>   | <b>0,3</b>  | <b>-0,2</b>   |
| <b>Familie</b>  | <b>1 396</b>   | <b>0,2</b>  | —              | —           | <b>+0,2</b>   |

## Mandatsverteilung

|         | Landtag 1990 | Landtag 1985 | Diff. 1985/90 |
|---------|--------------|--------------|---------------|
| SPD     | 30           | 26           | +4            |
| CDU     | 18           | 20           | -2            |
| FDP/DPS | 3            | 5            | -2            |



# Die Landtagswahl Saarland 1990 im Vergleich zu anderen Wahlen

|                 | Landtag 1990 |      | Landtag 1985 |      | Europa 1989 |      | Kreistag 1989 |      | Gemeinderat 1989 |      | Bundestag 1987* |      |
|-----------------|--------------|------|--------------|------|-------------|------|---------------|------|------------------|------|-----------------|------|
|                 | Anzahl       | %    | Anzahl       | %    | Anzahl      | %    | Anzahl        | %    | Anzahl           | %    | Anzahl          | %    |
| Wahlberechtigte | 842758       |      | 844038       |      | 842646      |      | 839615        |      | 837673           |      | 847217          |      |
| Wahlbeteiligung | 701142       | 83,2 | 717448       | 85,0 | 664871      | 78,9 | 663889        | 79,1 | 663023           | 79,2 | 739701          | 87,3 |
| Gültige Stimmen | 694217       |      | 704901       |      | 644108      |      | 645967        |      | 643350           |      | 726836          |      |
| SPD             | 377551       | 54,4 | 346595       | 49,2 | 291888      | 45,3 | 295498        | 45,7 | 298184           | 46,3 | 316502          | 43,5 |
| CDU             | 232040       | 33,4 | 262975       | 37,3 | 222327      | 34,5 | 227960        | 35,3 | 236778           | 36,8 | 299329          | 41,2 |
| FDP/DPS         | 39113        | 5,6  | 70713        | 10,0 | 30725       | 4,8  | 31897         | 4,9  | 36733            | 5,7  | 49823           | 6,9  |
| GRÜNE           | 18427        | 2,7  | 17642        | 2,5  | 40219       | 6,2  | 35510         | 5,5  | 29172            | 4,5  | 51384           | 7,1  |
| REP             | 23140        | 3,3  | —            | —    | 37329       | 5,8  | 28501         | 4,4  | 7986             | 1,2  | —               | —    |
| NPD             | 1631         | 0,2  | 4659         | 0,7  | —           | —    | 7193          | 1,1  | 2819             | 0,4  | 5966            | 0,8  |
| DKP             | 919          | 0,1  | 2317         | 0,3  | 2327        | 0,4  | 3087          | 0,5  | 3050             | 0,5  | —               | —    |
| Familie         | 1396         | 0,2  | —            | —    | —           | —    | —             | —    | —                | —    | —               | —    |
| Andere          | —            | —    | —            | —    | 19293       | 3,0  | 16321         | 2,5  | 28628            | 4,5  | 3832            | 0,5  |

\*) Zweitstimmen



## Einzelergebnisse der Landtagswahl Saarland nach Landtagswahlkreisen

| Wahlkreis   | Wahl-jahr     | Wahl-beteil. | SPD         | CDU         | FDP        | GRÜNE      | REP        |
|-------------|---------------|--------------|-------------|-------------|------------|------------|------------|
| Saarbrücken | L 1990        | <b>81,0</b>  | <b>55,6</b> | <b>30,6</b> | <b>7,0</b> | <b>3,1</b> | <b>3,3</b> |
|             | L 1985        | 83,1         | 51,3        | 33,7        | 11,5       | 2,5        | —          |
|             | Diff. 1985/90 |              | +4,3        | -3,1        | -4,5       | +0,6       | +3,3       |
|             | B 1987        | 84,9         | 44,5        | 38,2        | 8,2        | 7,7        | —          |
| Saarlouis   | L 1990        | <b>84,8</b>  | <b>52,9</b> | <b>35,2</b> | <b>5,2</b> | <b>2,6</b> | <b>3,7</b> |
|             | L 1985        | 86,1         | 46,6        | 39,8        | 10,3       | 2,4        | —          |
|             | Diff. 1985/90 |              | +6,3        | -4,6        | -5,1       | +0,2       | +3,7       |
|             | B 1987        | 88,6         | 41,4        | 44,0        | 6,3        | 6,8        | —          |
| Neunkirchen | L 1990        | <b>84,0</b>  | <b>54,4</b> | <b>34,5</b> | <b>4,8</b> | <b>2,4</b> | <b>3,1</b> |
|             | L 1985        | 85,8         | 49,3        | 38,5        | 8,6        | 2,6        | —          |
|             | Diff. 1985/90 |              | +5,1        | -4,0        | -3,8       | -0,2       | +3,1       |
|             | B 1987        | 88,5         | 44,4        | 41,5        | 6,1        | 6,8        | —          |

## Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

| Land                 | letzte Wahl        | Ergebnisse (in Prozent) |             |                    |            |            | nächste Wahl |
|----------------------|--------------------|-------------------------|-------------|--------------------|------------|------------|--------------|
|                      |                    | CDU                     | SPD         | GRÜNE              | FDP        | REP        |              |
| Berlin               | 29. 1. 1989        | 37,8                    | 37,3        | 11,8 <sup>1)</sup> | 3,9        | 7,5        | 1993         |
| Baden-Württemberg    | 20. 3. 1988        | 49,0                    | 32,0        | 7,9                | 5,9        | 1,0        | 1992         |
| Bayern               | 12. 10. 1986       | 55,8 <sup>2)</sup>      | 27,5        | 7,5                | 3,8        | 3,0        | 1990         |
| Bremen               | 13. 9. 1987        | 23,4                    | 50,5        | 10,2               | 10,0       | 1,2        | 1991         |
| Hamburg              | 17. 5. 1987        | 40,5                    | 45,0        | 7,0                | 6,5        | —          | 1991         |
| Hessen               | 5. 4. 1987         | 42,1                    | 40,2        | 9,4                | 7,8        | —          | 1991         |
| Niedersachsen        | 15. 6. 1986        | 44,3                    | 42,1        | 7,1                | 6,0        | —          | 1990         |
| Nordrhein-Westfalen  | 12. 5. 1985        | 36,5                    | 52,1        | 4,6                | 6,0        | —          | 1990         |
| Rheinland-Pfalz      | 17. 5. 1987        | 45,1                    | 38,8        | 5,9                | 7,3        | —          | 1991         |
| <b>Saarland</b>      | <b>28. 1. 1990</b> | <b>33,4</b>             | <b>54,4</b> | <b>2,7</b>         | <b>5,6</b> | <b>3,3</b> | <b>1995</b>  |
| Schleswig-Holstein   | 8. 5. 1988         | 33,3                    | 54,8        | 2,9                | 4,4        | 0,6        | 1992         |
| Bundestag (Zweitst.) | 25. 1. 1987        | 44,3 <sup>3)</sup>      | 37,0        | 8,3                | 9,1        | —          | 1990         |
| Europa               | 18. 6. 1989        | 37,7 <sup>3)</sup>      | 37,3        | 8,4                | 5,6        | 7,1        | 1994         |

1) AL

2) CSU

3) CDU/CSU



# Einzelergebnisse der Landtagswahl nach Landkreisen

|                            | Wahl-<br>jahr | Wahl-<br>beteil. | SPD  | CDU  | FDP  | GRÜNE | REP  |
|----------------------------|---------------|------------------|------|------|------|-------|------|
| Landkreis<br>Merzig-Wadern | L 1990        | 86,5             | 52,9 | 35,5 | 5,6  | 2,5   | 3,2  |
|                            | L 1985        | 87,4             | 46,2 | 39,5 | 10,8 | 2,6   | —    |
|                            | Diff. 1985/90 |                  | +6,7 | -4,0 | -5,2 | -0,1  | +3,2 |
|                            | K 1989        | 84,9             | 43,2 | 38,6 | 5,0  | 4,5   | —    |
|                            | G 1989        | 85,1             | 43,6 | 40,0 | 6,1  | 2,9   | —    |
|                            | E 1989        | 84,7             | 43,7 | 37,9 | 4,6  | 5,3   | 4,6  |
|                            | B 1987        | 89,8             | 40,9 | 44,0 | 6,7  | 6,7   | —    |
| Landkreis<br>Neunkirchen   | L 1990        | 82,2             | 58,8 | 30,4 | 4,9  | 2,1   | 3,1  |
|                            | L 1985        | 84,9             | 53,7 | 34,5 | 8,2  | 2,4   | —    |
|                            | Diff. 1985/90 |                  | +5,1 | -4,1 | -3,3 | -0,3  | +3,1 |
|                            | K 1989        | 77,9             | 50,7 | 33,0 | 4,2  | 5,3   | 5,2  |
|                            | G 1989        | 78,0             | 53,4 | 35,4 | 4,7  | 3,4   | —    |
|                            | E 1989        | 77,7             | 50,3 | 31,7 | 3,9  | 5,5   | 5,5  |
|                            | B 1987        | 86,9             | 48,4 | 38,2 | 5,8  | 6,4   | —    |
| Landkreis Saarlouis        | L 1990        | 84,0             | 53,0 | 35,0 | 5,0  | 2,6   | 4,0  |
|                            | L 1985        | 85,5             | 46,8 | 39,9 | 10,0 | 2,3   | —    |
|                            | Diff. 1985/90 |                  | +6,2 | -4,9 | -5,0 | +0,3  | +4,0 |
|                            | K 1989        | 80,3             | 43,0 | 36,0 | 4,1  | 4,9   | 7,2  |
|                            | G 1989        | 80,5             | 43,1 | 36,9 | 5,1  | 4,6   | 1,7  |
|                            | E 1989        | 80,2             | 42,9 | 36,0 | 4,3  | 5,8   | 7,6  |
|                            | B 1987        | 88,1             | 41,6 | 44,0 | 6,1  | 6,8   | —    |
| Saar-Pfalz-Kreis           | L 1990        | 82,9             | 52,7 | 34,3 | 5,5  | 3,0   | 3,4  |
|                            | L 1985        | 84,6             | 47,7 | 38,2 | 9,8  | 3,1   | —    |
|                            | Diff. 1985/90 |                  | +5,0 | -3,9 | -4,3 | -0,1  | +3,4 |
|                            | K 1989        | 79,6             | 43,7 | 34,5 | 4,1  | 6,0   | 4,7  |
|                            | G 1989        | 79,6             | 44,3 | 36,4 | 4,7  | 5,9   | —    |
|                            | E 1989        | 79,3             | 43,4 | 34,6 | 4,9  | 7,1   | 6,1  |
|                            | B 1987        | 88,3             | 42,2 | 41,5 | 7,0  | 7,9   | —    |
| Landkreis<br>St. Wendel    | L 1990        | 88,5             | 50,7 | 40,8 | 3,6  | 1,9   | 2,5  |
|                            | L 1985        | 89,6             | 44,9 | 45,1 | 7,2  | 2,2   | —    |
|                            | Diff. 1985/90 |                  | +5,8 | -4,3 | -3,6 | -0,3  | +2,5 |
|                            | K 1989        | 87,3             | 44,2 | 46,2 | 2,6  | 4,7   | —    |
|                            | G 1989        | 87,3             | 45,2 | 48,3 | 3,0  | 2,3   | —    |
|                            | E 1989        | 86,9             | 43,7 | 41,6 | 2,7  | 4,9   | 4,3  |
|                            | B 1987        | 91,2             | 41,7 | 46,6 | 5,0  | 5,6   | —    |



# Einzelergebnisse der Landtagswahl in Städten mit über 40 000 Einwohnern

|                    | Wahl-<br>jahr | Wahl-<br>beteil. | SPD         | CDU         | FDP        | GRÜNE      | REP        |
|--------------------|---------------|------------------|-------------|-------------|------------|------------|------------|
| <b>Saarbrücken</b> | <b>L 1990</b> | <b>78,5</b>      | <b>56,1</b> | <b>27,7</b> | <b>8,4</b> | <b>3,9</b> | <b>3,4</b> |
|                    | L 1985        | 81,0             | 53,7        | 29,7        | 12,8       | 2,7        | —          |
|                    | Diff. 1985/90 |                  | +2,4        | -2,0        | -4,4       | +1,2       | +3,4       |
|                    | K 1989        | 70,6             | 47,3        | 28,5        | 8,7        | 7,6        | 5,4        |
|                    | G 1989        | 70,7             | 47,3        | 28,4        | 9,0        | 7,5        | 5,7        |
|                    | E 1989        | 70,7             | 46,3        | 28,7        | 7,3        | 8,8        | 5,6        |
|                    | B 1987        | 82,4             | 44,4        | 35,1        | 9,8        | 9,2        | —          |
| <b>Völklingen</b>  | <b>L 1990</b> | <b>79,4</b>      | <b>60,8</b> | <b>27,5</b> | <b>5,2</b> | <b>2,4</b> | <b>3,6</b> |
|                    | L 1985        | 82,1             | 55,1        | 31,0        | 10,4       | 2,2        | —          |
|                    | Diff. 1985/90 |                  | +5,7        | -3,5        | -5,2       | +0,2       | +3,6       |
|                    | K 1989        | 73,5             | 52,4        | 27,6        | 5,1        | 6,2        | 4,9        |
|                    | G 1989        | 73,6             | 50,8        | 29,0        | 5,7        | 6,5        | —          |
|                    | E 1989        | 73,5             | 51,6        | 28,1        | 5,0        | 5,7        | 6,2        |
|                    | B 1987        | 84,8             | 51,5        | 34,8        | 5,9        | 6,1        | —          |
| <b>Neunkirchen</b> | <b>L 1990</b> | <b>76,9</b>      | <b>63,5</b> | <b>24,3</b> | <b>5,8</b> | <b>2,4</b> | <b>3,3</b> |
|                    | L 1985        | 81,7             | 61,1        | 26,5        | 8,7        | 2,3        | —          |
|                    | Diff. 1985/90 |                  | +2,4        | -2,2        | -2,9       | +0,1       | +3,3       |
|                    | K 1989        | 71,3             | 55,9        | 24,7        | 5,6        | 5,8        | 5,8        |
|                    | G 1989        | 71,3             | 58,1        | 26,7        | 6,6        | 6,4        | —          |
|                    | E 1989        | 71,1             | 55,4        | 24,5        | 4,8        | 5,7        | 5,8        |
|                    | B 1987        | 83,6             | 54,3        | 30,9        | 6,8        | 6,7        | —          |
| <b>Homburg</b>     | <b>L 1990</b> | <b>78,5</b>      | <b>52,8</b> | <b>33,9</b> | <b>5,6</b> | <b>2,9</b> | <b>4,0</b> |
|                    | L 1985        | 80,8             | 48,0        | 37,9        | 9,4        | 3,4        | —          |
|                    | Diff. 1985/90 |                  | +4,8        | -4,0        | -3,8       | -0,5       | +4,0       |
|                    | K 1989        | 75,9             | 42,3        | 33,1        | 4,4        | 6,8        | 5,8        |
|                    | G 1989        | 76,0             | 44,2        | 35,0        | 4,8        | 7,5        | —          |
|                    | E 1989        | 75,7             | 42,7        | 33,1        | 5,4        | 7,6        | 7,0        |
|                    | B 1987        | 86,4             | 42,3        | 40,9        | 7,0        | 8,1        | —          |
| <b>St. Ingbert</b> | <b>L 1990</b> | <b>83,1</b>      | <b>51,9</b> | <b>35,0</b> | <b>5,6</b> | <b>2,7</b> | <b>2,8</b> |
|                    | L 1985        | 84,3             | 47,1        | 39,0        | 10,0       | 2,8        | —          |
|                    | Diff. 1985/90 |                  | +4,8        | -4,0        | -4,4       | -0,1       | +2,8       |
|                    | K 1989        | 78,0             | 45,2        | 35,7        | 4,0        | 5,2        | 4,2        |
|                    | G 1989        | 77,8             | 45,9        | 37,1        | 4,3        | 5,1        | —          |
|                    | E 1989        | 77,5             | 43,6        | 36,3        | 5,0        | 6,7        | 5,1        |
|                    | B 1987        | 87,6             | 41,5        | 42,6        | 7,4        | 7,4        | —          |



# Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland seit 1947

(in Prozent)

| Wahljahr      | Wahlbet. | Anteil der Stimmen |      |      |      |             |       |          |
|---------------|----------|--------------------|------|------|------|-------------|-------|----------|
|               |          | CDU                | CVP  | SPD  | SPS  | FDP/<br>DPS | GRÜNE | Sonstige |
| 1947          |          |                    |      |      |      |             |       |          |
| 1952          | 95,7     | —                  | 51,2 | —    | 32,8 | 7,6         | —     | 8,4      |
| 1955          | 93,1     | —                  | 54,7 | —    | 32,4 | —           | —     | 12,8     |
| 1960          | 90,4     | 25,4               | 21,8 | 14,3 | 5,8  | 24,2        | —     | 8,5      |
| 1965          | 79,1     | 36,6               | —    | 30,0 | —    | 13,8        | —     | 19,6     |
| 1970          | 81,8     | 42,7               | —    | 40,7 | —    | 8,3         | —     | 8,3      |
| 1975          | 83,1     | 47,8               | —    | 40,8 | —    | 4,4         | —     | 7,0      |
| 1980          | 88,8     | 49,1               | —    | 41,8 | —    | 7,4         | —     | 1,7      |
| 1985          | 85,0     | 44,0               | —    | 45,4 | —    | 6,9         | 2,9   | 0,8      |
| 1990          | 85,0     | 37,3               | —    | 49,2 | —    | 10,0        | 2,5   | 1,0      |
| Diff. 1985/90 | 83,2     | 33,4               | —    | 54,4 | —    | 5,6         | 2,7   | 3,9      |
|               |          | -3,9               | —    | +5,2 | —    | -4,4        | +0,2  | +2,9     |

# Sitzverteilung in den Landtagen seit 1947

| Wahljahr      | CDU | CVP | SPD | SPS | FDP/DPS | Sonstige |
|---------------|-----|-----|-----|-----|---------|----------|
| 1947          |     |     |     |     |         |          |
| 1952          | —   | 28  | —   | 17  | 3       | 2        |
| 1955          | —   | 29  | —   | 17  | —       | 4        |
| 1960          | 14  | 12  | 7   | 2   | 13      | 2        |
| 1965          | 19  | —   | 16  | —   | 7       | 8        |
| 1970          | 23  | —   | 21  | —   | 4       | 2        |
| 1975          | 27  | —   | 23  | —   | —       | —        |
| 1980          | 25  | —   | 22  | —   | 3       | —        |
| 1985          | 23  | —   | 24  | —   | 4       | —        |
| 1990          | 20  | —   | 26  | —   | 5       | —        |
| Diff. 1985/90 | 18  | —   | 30  | —   | 3       | —        |
|               | -2  | —   | +4  | —   | -2      | —        |



# Finanzplatz Deutschland

**Die beabsichtigte Abschaffung der Steuern auf den Kapitalverkehr ist ein weiterer richtiger Schritt auf dem Weg einer umfassenden Reform der Unternehmensbesteuerung, erklärte MdB Joachim Grünewald.**

Die Kapitalverkehrssteuern sind im hohen Maße ineffizient. Gemessen an ihrem fiskalischen Nutzen sind ihre Nachteile für Wettbewerb, Wachstum und Arbeitsplätze besonders groß. Mittel- und langfristig ist zu erwarten, daß die vom Finanzministerium errechneten Steuerausfälle geringer sein werden, sich sogar in Steuermehreinnahmen umkehren werden.

Durch den zukünftigen Verzicht des Bundes auf die Börsenumsatzsteuer wird der deutsche Kapitalmarkt von einer für die ganze Volkswirtschaft schädlichen Fessel befreit. Die Politik setzt so ein Signal, den Finanzplatz Bundesrepublik international konkurrenzfähiger und attraktiver zu gestalten.

Mit der Aufhebung der Gesellschaftsteuer soll ein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert beseitigt werden, als es für Gewinne der Kapitalgesellschaften noch gar keine Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer gab. In einem 1989 vom Bund der Steuerzahler vorgelegten Gutachten zum „Abbau der Kapitalverkehrssteuern“ wird als besonderer Mangel der Gesellschaftsteuer die Diskriminierung der Beschaffung von Eigenkapital bei Kapitalgesellschaften gegenüber der Fremdkapitalfinanzierung hervorgehoben. Diese Steuer steht somit im Widerspruch zu dem wirtschaftspolitischen Ziel, Risiko bzw. Eigenkapitalausstattung der deutschen Wirtschaft zu verbessern und hierdurch günstige Voraussetzungen

für ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Die Aufhebung der Wechselsteuer wird ganz erhebliche Verwaltungsvereinfachungen bringen und im mittelständischen Bereich die Finanzierungsmöglichkeiten verbessern. Damit kann der Wechsel als Kreditmittel, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, wieder an Bedeutung gewinnen.

## Rekordergebnis auf dem Ausbildungsmarkt

Die Auszählung der im letzten Jahr geschlossenen Ausbildungsverträge bei den Kammern ergab, daß knapp 584 000 neue Lehrlinge ihre Ausbildung im vergangenen Herbst aufgenommen haben. Fast 85 000 Plätze — das sind rund 13 Prozent — blieben unbesetzt. 602 000 junge Leute hatten sich um einen Ausbildungsplatz bemüht. 97 Prozent aller Lehrstellenbewerber sind damit vermittelt worden.

## Über 15 000 Langzeitarbeitslose in Beschäftigung

Die „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ erfüllt bisher voll die Erwartungen der Bundesregierung sowie der Sozialpartner, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die sich im vergangenen Jahr am „Runden Tisch sozialer Verantwortung“ zusammengefunden hatten. Das Programm war im Juli 1989 angelaufen. Bis zum Jahresende wurden bei den Arbeitsämtern 17 750 Anträge auf Lohnkostenzuschüsse gestellt. 15 500 Anträge waren bis Ende Dezember bewilligt.



Christa Thoben

# Es gibt keinen dritten Weg

Wenige Wochen vor der Wahl in der DDR scheint die Übergangsregierung Modrow einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel vollziehen zu wollen. Fortschritte deuten sich z. B. bei der Investitionsschutzgesetzgebung, der Abschaffung des Außenhandelsmonopols und der Gewährleistung der Gewerbefreiheit an. Es gibt Anzeichen, daß der Abschied von der sozialistischen Planwirtschaft und die Hinwendung zur Sozialen Marktwirtschaft wirklich gewollt wird.

Die Übergangsregierung Modrow muß diesen Kurswechsel tatsächlich vollziehen, wenn die DDR nicht weiter ausbluten soll. Den Worten müssen Taten folgen. Wie ernst es die Regierung meint, zeigt allein die praktische Umsetzung der Ankündigungen.

Noch sind die letzten Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Reformwillens nicht beseitigt. Sie werden auch durch Äußerungen der DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft genährt, etwa wenn sie von einer „Vielfalt von Eigentumsformen, denen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten gegeben sind“ und von einer „Sicherung und Stärkung eines auch weiterhin starken staatlich-gesellschaftlichen Eigentums“ (Rede vom 13. Januar 1990) spricht.

Die Menschen in der DDR werden nur dann Vertrauen in den Reformprozeß haben, wenn die Übergangsregierung Modrow so schnell wie möglich einen Kassensturz macht. Nur so wissen sie, woran sie wirklich sind.

Ein „Wirtschaftswunder“ wird dem politischen Wunder nur dann folgen, wenn es gelingt, privates Kapital zu mobilisieren.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme lassen sich mit keiner Spielart von Zentralverwaltungswirtschaft lösen. Versorgungsprobleme und Unfreiheit gibt es in der DDR nicht, weil eine gute Idee mißbraucht wurde. Beides ist vielmehr die unausweichliche Folge der Idee des Sozialismus. Die den Regierungschef tragende Partei, die SED/PDS, sollte deshalb ebenso wie die SPD der DDR den Gedanken an eine Variante in Form des demokratischen Sozialismus aufgeben. Eine solche Variante käme einem Aufruf zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gleich.

Die Bereitschaft zur Hilfe, zum privaten wirtschaftlichen Engagement für die DDR ist groß. Damit die Hilfe greifen

**Über die Arbeit der Bundesvorstandskommission der CDU, „Wirtschaftsreform in der DDR“, berichtete die stellvertretende Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Christa Thoben, auf einer Pressekonferenz in Bonn.**

kann, müssen unumkehrbar folgende Veränderungen eingeleitet werden:

- eine Eigentumsreform;
- eine Preisreform;
- Gewerbefreiheit;
- eine Reform des Geld- und Kreditwesens;
- die Abschaffung des Außenhandelsmonopols;
- eine Reform der Finanzverfassung und des Steuersystems.



Damit wird eine Zukunftsperspektive eröffnet, die die Menschen in der DDR zum Bleiben veranlaßt und zur Mitarbeit an der praktischen Umsetzung der Wirtschaftsreform ermutigt.

Mit diesen Grundentscheidungen begibt sich die DDR auf den Weg zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb werden ähnliche Forderungen auch von EG, OECD und IWF aufgestellt.

Jede weitere Verzögerung verschlechtert die wirtschaftliche Situation der Menschen in der DDR. Die notwendigen Reformschritte müssen rasch und gleichzeitig unternommen werden. Die Menschen müssen möglichst schnell erfahren, daß sich Grundlegendes wirklich ändert und Licht am Ende des Tunnels sichtbar wird. Nur dann werden sie zum Engagement bereit sein und die dazugehörige Durststrecke ertragen. Vordringlich ist gerade auch eine Lösung der Währungsfrage, um vor allem das Vertrauen der Menschen in den Reformprozeß zu stärken und um für die Unternehmen eine sichere Kalkulationsgrundlage zu schaffen. Währungs-, Preis- und Lohnreform stehen dabei in einem unauflöselichen Zusammenhang. Zur Lösung der Währungsfrage wird die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag leisten müssen.

Weitere Schritte in Richtung Soziale Marktwirtschaft sind nach Auffassung der CDU-Kommission „Wirtschaft in der DDR“:

- ein Maßnahmenpaket zur Förderung des selbständigen Mittelstandes und von Existenzgründungen;
- Privatisierung der Kombinate;
- Auflockerung der Cocom-Liste.

Die Menschen in der DDR brauchen eine überzeugende Perspektive für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft. Diese Perspektive kann nur heißen: Freiheit und Hoffnung statt Sozialismus und Hoffnungslosigkeit. ■

## Nicht nur Stalinismus, auch der Sozialismus ist gescheitert

**In der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld):**

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eine Beobachtung hinweisen, die ich in der letzten Zeit häufig gemacht habe. Plötzlich ist im Zusammenhang mit den Umwälzungen in Ost- und Mitteleuropa, vor allem bei unseren elektronischen Medien davon die Rede, daß man dort dabei sei, den „Stalinismus“ zu überwinden. Man versucht jetzt schnell, den liebgewonnenen Begriff des Sozialismus aus der Schublade zu ziehen und rein zu halten.

Ich warne vor einer wirklichen Lebenslüge, nämlich der, daß es sich bei den Zuständen in osteuropäischen Ländern bisher gar nicht um Sozialismus, sondern eben um Stalinismus gehandelt habe.

Ich bin jedoch ganz sicher: Mit solchen Etiketten-Schwindeleien lassen sich die Menschen nicht mehr hinters Licht führen. Es wird ein vergeblicher Versuch sein, das totale Scheitern des sozialistischen Modells dem „Sündenbock Stalinismus“ auf den Rücken zu binden und ihn damit in die Wüste zu jagen. Gescheitert ist der Sozialismus, und es gibt nur einen Sozialismus, den real existierenden, und die Menschen, die 40 Jahre unter ihm gelitten haben, wissen dies. ■



Wolfgang Schäuble:

## Das Tor bleibt offen

Die Bundesregierung sieht mit Sorge, daß die Diskussion der letzten Tage zu einer Verunsicherung der Aus- und Übersiedler führen kann. Deshalb erklärt die Bundesregierung: Das Tor zur Bundesrepublik bleibt offen, erklärte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zu aktuellen Fragen.

Es bleibt aber das Ziel der Bundesregierung, daß sich alle Deutschen, wo immer sie leben, nicht veranlaßt sehen, zu Hunderttausenden ihre Heimat zu verlassen. Solche Wanderungsbewegungen wirken sich auf Dauer negativ auf die Stabilität in Deutschland und Europa aus.

Es wird deshalb alles unternommen, daß die Menschen in ihrer Heimat Perspektiven für die Zukunft erhalten. Für alle diejenigen, die dennoch zu uns kommen, bleibt das Tor zur Bundesrepublik offen.

Wegen der großen Probleme, die sich aus den hohen Zugangszahlen für die Eingliederung dieser Deutschen ergeben, hat die Bundesregierung schon bisher notwendige Maßnahmen getroffen.

Ich nenne vor allem das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Eingliederungsanpassungsgesetz, dem im Bundestag alle Fraktionen bis auf die Grünen und im Bundesrat alle Länder zugestimmt haben.

Danach sind vor allem folgende Maßnahmen getroffen worden:

- Das Arbeitslosengeld ist durch ein pauschaliertes Eingliederungsgeld ersetzt worden.
- Das Kranken- und Mutterschaftsgeld ist auf die Höhe des Eingliederungsgeldes begrenzt worden.

- Die Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist eingeschränkt worden.
- Die Vererbbarkeit von Ansprüchen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz und nach dem Häftlingshilfegesetz wurde begrenzt.
- Begünstigungen beim Wohngeld und im Steuerrecht sind weggefallen.

Zu nennen ist auch das Gesetz zur Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aus- und Übersiedler vom Juli vorigen Jahres, das den Ländern eine bessere Verteilung ermöglicht. Ebenso hat der Bund für eine reibungslose Erstaufnahme gesorgt und den Ländern bei der vorläufigen Unterbringung geholfen.

Angesichts der Entwicklung wird die Bundesregierung weitere, notwendige Maßnahmen ergreifen. Die Probleme können nur gemeinsam von Bund und Ländern gelöst werden. Es sind Probleme, die Bund, Länder und Gemeinden in gleichem Maße belasten.

Ich habe die Absicht, den Ländern folgende weitere Vorgehen vorzuschlagen:

Im Hinblick auf die hohen Übersiedlerzahlen können wir gegenwärtig noch nicht auf das Aufnahmeverfahren verzichten. Es gewährleistet die ordnungsgemäße Verteilung in die Länder. Mit dem Aufnahmeverfahren wird auf den Übersiedlerstrom reagiert. Eine Normalisierung, das heißt der Wegfall des Aufnahmeverfahrens, ist jedoch so bald wie möglich anzustreben.

Was an Leistungen zur Eingliederung notwendig ist, wird auch weiterhin gewährt. Dabei wird den geänderten poli-



tischen und tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Nach der neuen Entwicklung sind Leistungen im Rahmen des Lastenausgleiches entfallen, die einen Schaden in der DDR voraussetzen.

Es handelt sich dabei insbesondere um die Einrichtungshilfe und Vermögensentschädigungen. Im übrigen spricht alles dafür, daß die als Starthilfe gewährten Eingliederungsleistungen nicht die Ursache für die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland sind.

Die Aussiedler haben als deutsche Staatsangehörige oder deutsche Volkszugehörige das Recht, in die Bundesrepublik zu kommen. Es ist deshalb nicht beabsichtigt, bei den Fragen der Staatsangehörigkeit und der Statusfragen nach dem Bundesvertriebenengesetz etwas zu ändern.

Bei den Aussiedlern ist aber folgendes Problem zu sehen: Die große Zahl der Aussiedler setzt ein geordnetes Verfahren der Aussiedlung voraus. Ein solches Verfahren gibt es bisher bei den Aussiedlungen aus der Sowjetunion und Rumänien. Bei den Aussiedlern aus Polen kommen jedoch etwa 80 Prozent, ohne ein solches Verfahren zu durchlaufen, sondern mit einem Touristenvisum. Auch diese Aussiedler müssen künftig in das geordnete Verfahren einbezogen werden.

Ein geregeltes und geordnetes Aufnahmeverfahren für alle Aussiedler ist künftig unabdingbar. Es soll deshalb vorgesehen werden, daß Eingliederungsleistungen nur gewährt werden, wenn die Aussiedler das Aufnahmeverfahren ordnungsgemäß durchlaufen haben. Dazu müssen im Rahmen des Notwendigen die rechtlichen Vorschriften angepaßt werden.

Im übrigen wird der Bund die Länder auch künftig weiter verstärkt bei der Unterbringung der Aus- und Übersiedler unterstützen. ■

## Neu im Angebot

### Abrechnungsbuch der CDU für Stadt-, Stadtbezirks-, Gemeinde- und Ortsverbände

Dieses Abrechnungsbuch, ein unverzichtbares Hilfsmittel für alle Ortsverbände, die eine Unterkasse des Kreisverbandes führen, ist neu aufgelegt worden.

Die erste Innenseite enthält ausführliche Erläuterungen zu den Eintragungsspalten.

Bestell-Nr.: 11 209

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis je Mindestabnahme: 30,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28**

**4804 Versmold**

## Zitat

### Die Lebenslüge

Willy Brandt ist heute das Blendax der SPD — wer erinnert sich da noch daran, daß er die Wiedervereinigung Deutschlands erst vor kurzem als „Lebenslüge“ bezeichnet hat? Jetzt heißt es plötzlich, es müsse zusammenwachsen, was zusammengehöre. Das ist richtig. Aber nicht erst, seitdem es Willy Brandt in geläuteter Einsicht gesagt hat, sondern dieser Satz galt stets, auch als die These Bahrs vom „Wandel durch Annäherung“ so populär war. Das ist nun kläglich in sich zusammengebrochen — oder vielmehr: diese These wurde in einem ganz anderen Sinn verwirklicht; nicht unsere freiheitlich-demokratische Ordnung hat Kompromisse an den Marxismus-Leninismus gemacht, sondern dieses System ist an seiner täglichen Lüge gescheitert.

Die Welt, 30. Januar 1990



Landesparteitag mit Gästen aus Thüringen:

# Für Freiheit und Einheit — gegen den Sozialismus

„Die Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen und die Einheit Deutschlands müssen voranschreiten — der Menschen wegen.“ Dies, so der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Landesvorsitzende der CDU Hessen, Ministerpräsident Walter Wallmann, war die Botschaft des 74. Landesparteitages der CDU Hessen in Friedberg am 27. Januar unter dem Motto „Für Freiheit und Einheit — gegen den Sozialismus.“

Der Parteitag wurde zu einer Demonstration der Geschlossenheit der hessischen Christdemokraten und dokumentierte zugleich das enge Verhältnis der CDU Hessen zu denen, die sich christlich-sozialem, liberalem und konservativem Gedankengut in Thüringen verschrieben haben.

Bei den Wahlen wurde der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Walter Wallmann, mit einem eindrucksvollen Votum von 93 Prozent Zustimmung in seinem Amt bestätigt. Wallmann erhielt 375 Jastimmen bei 30 Neinstimmen und drei Enthaltungen. Er führt die Hessen-Union seit 1983. Stellvertretende Landesvorsitzende blieben der Hessische Innenminister Gottfried Milde, der Vorsitzende der hessischen Landesgruppe im Bundestag, Otto Zink, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und die Hessische Frauenbevollmächtigte Otti Geschka. Für den nicht mehr kandidierenden Hessischen Justizminister Karl-Heinz Koch wurde die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Hannelore Rönsch

erstmals zur stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden gewählt.

## Die Wendehälse in der SPD

In einer kämpferischen Rede rechnete Walter Wallmann mit dem Sozialismus als Staats- und Wirtschaftssystem und mit der Deutschlandpolitik der SPD ab. „Die Wendehälse in der SPD sind nicht weniger zahlreich als bei ihrem Vertragspartner SED“, meinte der CDU-Landesvorsitzende, der daran erinnerte, daß Egon Bahr noch vor vier Monaten gefordert habe, man solle endlich damit aufhören, von deutscher Einheit zu reden, daß auch Willy Brandt noch im September 1988 im Festhalten an der Einheit der Deutschen „die Lebenslüge unserer Bundesrepublik“ gesehen habe. Als besonders eindrucksvolles Zeugnis nationalen Versagens bezeichnete er es, daß die SPD Hessen im September vergangenen Jahres per Beschluß davor gewarnt habe, die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu heben.

In diesem Zusammenhang betonte Wallmann, die Gefahr, daß die Ost-SPD von der SED unterwandert werde, könne inzwischen nicht mehr als völlig abwegig abgetan werden. In der SPD Arnstadt — übrigens Partnerstadt von Kassel, wo der SPD-Landesvorsitzende Eichel als Oberbürgermeister amtiert — habe deren Vorsitzender den Anteil der ehemaligen SED-Mitglieder in seiner Mitgliedschaft auf bis zu 50 Prozent beziffert. Walter Wallmann: „Die Läuterung vieler SED-



Kommunisten besteht darin, daß sie ein E durch P ersetzen.“

## Die CDU Thüringen bekennt sich zu unseren Zielen

Klar bekannte sich der CDU-Landesvorsitzenden zu den engen Kontakten der Hessen-Union zur erneuerten CDU in Thüringen. „Die Unterzeichner des Briefes von Weimar, die inzwischen allesamt wichtige Funktionen in der CDU übernommen haben, stehen für den tiefgreifenden Erneuerungsprozeß“, erklärte Wallmann und fügte hinzu: „In der Sache besteht kein Unterschied zur CDU in der Bundesrepublik.“ Die CDU Thüringen bekenne sich zu den Ideen, aus denen die CDU 1945 gegründet worden sei, sie bekenne sich klar und eindeutig zum christlichen Menschenbild, zur Einheit Deutschlands und Europas: „Wir treten beide für die Soziale Marktwirtschaft und gegen den Sozialismus ein.“ Zugleich hob Wallmann die Unterstützung der Hessen-Union für alle Kräfte des christlich-sozialen, konservativen und liberalen Spektrums hervor: „Die CDU Thüringen bekennt sich ebenso wie der Demokratische Aufbruch oder die DSU zu diesen Zielen.“

Als Gäste nahmen der Generalsekretär der DDR-CDU, Martin Kirchner, der stellvertretende Vorsitzende der DDR-CDU, Gottfried Müller und der thüringische CDU-Landesvorsitzende Uwe Ehrich für die CDU teil, vom Demokratischen Aufbruch waren u. a. deren Landesvorsitzender Horst Schulz, seine Stellvertreterin Krista Blassy und Landesvorstandsmitglied Andreas Gliesing nach Friedberg gekommen.

Martin Kirchner schlug ein gemeinsames Leitungsgremium einer gesamtdeutschen CDU, einen gesamtdeutschen Paß vor und schloß mit den Worten: „Zwei Herz-

kammern eines Herzens in der Mitte Deutschlands — Hessen und Thüringen.“ Der Landesvorsitzende des Demokratischen Aufbruchs Thüringen, Horst Schulz, sprach sich ohne Wenn und Aber für eine Allianz der Mitte aus — eine starke Mitte als „Gegengewicht zur SPD die schon jetzt ein Sammelbecken der Wendehälse“ darstelle.

## 1. Parteitag in Goslar:

# Wer hat noch Dokumente?

*Vor 40 Jahren schlossen sich die CDU-Landesverbände in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Partei zusammen. Die offizielle Gründung der Bundespartei und die Wahl des Vorstandes erfolgten auf dem ersten Bundesparteitag in Goslar vom 20. bis 22. Oktober 1950.*

*Aus diesem Anlaß plant das Archiv für Christlich-Demokratische Politik eine Ausstellung. Leider blieben — abgesehen von den gedruckten Programmen und Protokollen des Parteitages in Goslar — nur wenige Unterlagen erhalten. Deshalb werden alle, besonders Teilnehmer des Parteitages in Goslar 1950, gebeten, uns mit schriftlichen Dokumenten oder Fotos zu unterstützen. In Frage kommen z. B. Teilnehmerlisten, Berichte über den ersten Bundesparteitag in Vorstandssitzungen, Zeitungsartikel usw., aber auch Hinweise auf andere Teilnehmer, an die sich der eine oder andere erinnert.*

*Bitte senden Sie vorhandene Unterlagen und Fotos oder Hinweise an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik; selbstverständlich erhalten Sie auf Wunsch die Originale zurück. Anschrift:*

**Konrad-Adenauer-Stiftung — Archiv für Christlich-Demokratische Politik**  
Postfach 12 60, 5205 Sankt Augustin 1



# Geldumtausch im innerdeutschen Reiseverkehr

**Mit Beginn dieses Jahres traten im innerdeutschen Reiseverkehr eine Reihe von spürbaren Erleichterungen in Kraft, die für Reisende in beiden Richtungen von Bedeutung sind.**

Bei Reisen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR entfällt künftig der Visumzwang. Notwendig ist nur noch der Reisepaß. Insbesondere entfällt seit dem 1. Januar 1990 die Verpflichtung zum Mindestumtausch von DM in Mark der DDR, die bislang für viele Besucher eine erhebliche Belastung gewesen ist. In Zukunft kann jeder Besucher in der DDR selbst entscheiden, welchen Betrag an Geldmitteln er umtauschen möchte.

Die Geldinstitute in der DDR wechseln DM-Beträge im Verhältnis 1:3 um. Im Prinzip ist es weiterhin verboten, Mark der DDR auszuführen; wer jedoch bei seinem Besuch in der DDR umgetauschte DDR-Währung übrigbehält, kann diesen Betrag — wenn er nicht allzu hoch ist — zusammen mit der Umtauschquittung bei der Rückfahrt behalten, so daß er bei einer weiteren Einreise in die DDR mit der besagten Quittung nachweisen kann, daß die DDR-Mark offiziell getauscht wurde.

Bei Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland entfällt mit Jahresbeginn das Begrüßungsgeld (seit 1959 = 30 DM, seit 1987 = 100 DM). Ab 1. Januar 1990 ist für eine Übergangszeit von zwei Jahren ein gemeinsamer Fonds zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln eingerichtet worden. Die Deutsche Bundesbank führt für die Staatsbank der DDR ein Konto mit der Bezeichnung Reisedevisenfonds in Deutscher Mark. Aus diesem Fonds kann jeder Reisende

aus der DDR pro Jahr Reisezahlungsmittel bis zur Höhe von 200 DM (für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 100 DM) im Umtausch gegen Mark der DDR erwerben. Während des ersten Jahres gilt für einen Teilbetrag von 100 DM (für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 50 DM) ein Kurs von 1:1, für den restlichen Teilbetrag ein Umtauschsatz von 1:5. Der Umtausch kann wahlweise in der Bundesrepublik Deutschland oder in der DDR bei Banken, Sparkassen und Postämtern vorgenommen werden. Er erfolgt ausschließlich gegen Vorlage des Personalausweises für Bewohner der DDR bzw. des „Sozialversicherungs- und Impfausweises“ bei Kindern bis 14 Jah-

**Wer aus der Bundesrepublik in die DDR reisen will, muß immer noch eine Reihe von Vorschriften beachten. Hier ein paar Tips**

ren. Bei den Geld- und Kreditinstituten in der DDR ist es möglich, auch einen Teilbetrag, z. B. 100 DM (für Kinder 50 DM) zum Tauschverhältnis 1:1 zu erwerben. Der restliche Betrag kann später getauscht werden. In der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) besteht keine Möglichkeit des Teilumtausches.

Die für den Umtausch erforderlichen DM-Beträge werden von beiden Seiten getragen. Dabei leistet die Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag bis zur Höhe des Betrages, der sich aus dem für die Zahlung des bisherigen Begrüßungsgeldes aufgewendeten Betrag ergibt, sowie einen weiteren Betrag von 750 Mill. DM. Die DDR trägt ebenfalls 750 Mill. DM bei.



# Damit sind Sie aktuell!

| Best.-Nr. | Titel   | Mindestabnahme | Preis pro Mindestabnahme |
|-----------|---|----------------|--------------------------|
| 2205      | Umweltkalender 1990   | 50 Expl.       | 25,— DM                  |
| 5221      | Umweltschutz von A—Z (UiD-Doku. 39/89)  | 50 Expl.       | 19,50 DM                 |
| 5208      | Die Rentenreform von A—Z (UiD-Doku. 37/89)  | 50 Expl.       | 19,50 DM                 |
| 5212      | Broschüre: Die Steuerreform von A—Z   | 50 Expl.       | 18,— DM                  |
| 2213      | Massenverteilmittel „Gehaltsabrechnung“ enthält in Kurzform das Gesamtkonzept der Steuerreform mit leicht verständlichen Beispielen | 250 Expl.      | 42,— DM                  |
| 5225      | Broschüre: 12 Pluspunkte der Regierung H. Kohl (UiD-Dokumentation 1/90)   | 50 Expl.       | 10,— DM                  |

## Alle Materialien zur Deutschlandpolitik

|      |  |           |         |
|------|--|-----------|---------|
| 2220 | CDU-extra: Freiheit und Einheit/Wir sind <u>ein</u> Volk   | 250 Expl. | 35,— DM |
| 5223 | Leitlinien zur Deutschlandpolitik —<br>Beschluß des Bundesausschusses in Berlin<br>vom 11. Dezember 1989 (UiD-Dokumentation 40/89) | 50 Expl.  | 8,— DM  |
| 5224 | Broschüre: Wir sind <u>ein</u> Volk<br>mit Beiträgen des Bundesausschusses in Berlin<br>vom 11. Dezember 1989                      | 25 Expl.  | 35,— DM |
| 7211 | Plakat DIN A1: Wir sind <u>ein</u> Volk  | 50 Expl.  | 30,— DM |
| 9210 | Aufkleber: Wir sind <u>ein</u> Volk  | 200 Expl. | 20,— DM |
| 9219 | Schlüsselanhänger: Brandenburger Tor   | 50 Expl.  | 40,— DM |

(Das aktuelle Gesamtangebot finden Sie im UiD 1/90)

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

**IS Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**



# Bestellung an IS-Versandzentrum Postfach 13 28, 4804 Versmold

|   |   |  |  |  |  |
|---|---|--|--|--|--|
| <b>Besteller und Rechnungsanschrift</b><br><br>       | <b>Der Versand soll erfolgen</b><br><small>(bitte ankreuzen)</small><br><br><input type="checkbox"/> Normalversand<br><br><input type="checkbox"/> Eilzustellung<br><small>(Gegen gesonderte Berechnung)</small><br><br><table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; width: 60px; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 15px; height: 15px;"></td> <td style="width: 15px; height: 15px;"></td> <td style="width: 15px; height: 15px;"></td> <td style="width: 15px; height: 15px;"></td> </tr> </table> <b>CDU-Verbandsnummer</b> |  |  |  |  |
|   |   |  |  |  |  |
| <b>Versandanschrift falls nicht identisch</b><br><br> | <b>☎ des Bestellers</b><br><br>   |  |  |  |  |

| Best.-Nr. | Anzahl | Titel bzw. Artikelbezeichnung                  | Preis |
|-----------|--------|--|-------|
| 2205      |        | <b>Umweltkalender 1990</b>                     |       |
| 5221      |        | <b>Umweltschutz von A bis Z</b>                |       |
| 5208      |        | <b>Die Rentenreform von A bis Z</b>            |       |
| 5212      |        | <b>Die Steuerreform von A bis Z</b>            |       |
| 2213      |        | <b>Gehaltsabrechnung</b>                       |       |
| 5225      |        | <b>12 Pluspunkte der Regierung H. Kohl</b>     |       |
| 2220      |        | <b>CDU extra: Wir sind <u>ein</u> Volk</b>     |       |
| 5223      |        | <b>Leitlinien zur Deutschlandpolitik</b>       |       |
| 5224      |        | <b>Broschüre: Wir sind <u>ein</u> Volk</b>     |       |
| 7211      |        | <b>Plakat DIN A1: Wir sind <u>ein</u> Volk</b> |       |
| 9210      |        | <b>Aufkleber: Wir sind <u>ein</u> Volk</b>     |       |
| 9219      |        | <b>Schlüsselanhänger: Brandenburger Tor</b>    |       |

Datum Stempel Unterschrift



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

# UMWELT- KALENDER 1990



**CDU**  
*Wir für Sie*

Bestell-Nr.: 2205

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

25, — DM

zuzügl. MwSt. inkl. Versand

## Umweltkalender 1990

Der Umweltschutz wird bei den bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und auch bei der Bundestagswahl eine wichtige Rolle spielen. Deshalb bietet die Bundesgeschäftsstelle den Kreisparteien und unseren Mandatsträgern für die Arbeit „vor Ort“ neben anderen Materialien auch den „Umweltkalender 1990“ an.

Ein hervorragendes Werbemittel, das in die Hände eines jeden Bürgers gehört. Dieser Kalender zeigt, daß jeder seinen eigenen Beitrag zu der großen Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz leisten kann.

Ganz praktisch — in dem jeder sich mit selbstklebenden bunten Punkten die Abholtermine für Sondermüll markieren kann.

# UiD

4/90

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.